

Die Ministerpräsidenten und der Landesteil Baden

Klaus-Jürgen Matz

I ■ Mit der Wahl seines ersten Ministerpräsidenten Reinhold Maier (FDP/DVP) an der Spitze einer kleinen Koalition mit SPD und GB/BHE wurde das Land Baden-Württemberg am 25. April 1952 gegründet. Seither sind diesem ersten Regierungschef des noch immer jüngsten deutschen Bundeslandes acht Männer – bis auf den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann alle aus der CDU – im Amt gefolgt. Von den somit neun Herren der Stuttgarter Villa Reitzenstein, dem Amtssitz des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, kam nur ein einziger – Hans Karl Filbinger – aus Baden, derweil die übrigen acht aus dem württembergischen Landesteil stammten. Unter letztere muss auch Stefan Mappus gezählt werden, der zwar im altpfälzischen Pforzheim geboren wurde, wo er heute auch lebt, der aber doch jenseits der alten Landesgrenze aufwuchs und zur Schule ging und somit familiär wie sozial im altwürttembergischen Milieu groß geworden ist.

Mag schon diese Asymmetrie zwischen dem badischen und dem nicht so sehr viel größeren württembergischen Landesteil überraschen, ist vielleicht noch auffälliger, dass von den acht schwäbischen Regierungschefs gerade vier – Reinhold Maier, Lothar Späth, Günther Oettinger und eben Stefan Mappus – mit einer kumulierten Regierungszeit von

nur eben zwanzig Jahren aus dem lutherisch geprägten Altwürttemberg stammten, während die anderen vier, die es zusammen auf eine Regierungsdauer von bis heute immerhin 27 Jahre bringen, – Gebhard Müller, Kurt Georg Kiesinger, Erwin Teufel und Winfried Kretschmann – im katholisch geprägten ober-schwäbisch-vorderösterreichischen Raum geboren und sozialisiert wurden. Auffällig ist dieses Verhältnis vor allem deshalb, weil der altwürttembergische Kernraum die südöstliche ober-schwäbische Großregion nicht nur nach seiner Wirtschaftskraft, sondern auch nach der Zahl seiner Einwohner und somit seiner Wähler weit übertrifft. Und noch mehr ins Auge springend ist diese Präponderanz Oberschwabens in der politischen Führung des Südweststaats, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die überaus dicht besiedelte und nach ihrer Wirtschaftskraft zweitstärkste Region des Landes, die zum badischen Landesteil gehörende Kurpfalz bei der Besetzung des politischen Spitzenamts niemals zum Zuge kam – sieht man von dem Zufall ab, dass der sozialisierte Südbadener Hans Karl Filbinger in Mannheim zur Welt gekommen ist. So muss sich gerade Mannheim als zweitgrößte Stadt des Landes, aus deren Einwohnerschaft fast ein Jahrhundert lang einflussreiche politische Eliten und auch nicht wenige Regierungschefs des untergegangenen Landes Baden hervorgegangen waren, bis zum heutigen

Tag damit bescheiden, im neuen Südweststaat mit Walter Krause immerhin einmal einen *stellvertretenden* Ministerpräsidenten gestellt zu haben – für ganze sechs, freilich sehr bewegte Jahre.

Nach diesen Erfahrungen und bei Betrachtung der gegenwärtigen Machtkonstellationen innerhalb der im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien, erscheint es auch weiterhin kaum vorstellbar, dass jemals ein Politiker aus der Kurpfalz (oder auch aus der alten badischen Landeshauptstadt Karlsruhe) in die Villa Reitzenstein einziehen könnte. So bezeichnete die Regierungsübernahme durch eine grün-rote Koalition im Mai 2011 zwar *politisch* eine deutliche Zäsur in der Geschichte von Baden-Württemberg, hinsichtlich der *regionalen* Rekrutierung des politischen Spitzenpersonals im südwestdeutschen Bundesland indes bildete die Wahl des bodenständigen und fest im katholischen Glauben wurzelnden *Grünen*-Politikers Winfried Kretschmann zum Ministerpräsidenten eher ein Element der Kontinuität in der politischen Kultur des Landes, das äußerlich noch dadurch unterstrichen wurde, dass Kretschmann von Geburt her aus Spaichingen stammt – dem Ort, in dem die politische Karriere seines dritten Amtsvorgängers Erwin Teufel ihren Anfang nahm.

II ■

Reinhold Maier war fast 56 Jahre alt, als ihn die Amerikaner im September des Jahres 1945 zum Ministerpräsidenten des von der Besatzungsmacht erst kurz zuvor aus den jeweils nördlichen Teilen von Baden und Württemberg zusammengeführten Landes Württemberg-Baden bestellten. Er hatte – am Ende

gar als Akteur am Rande – das Scheitern aller Pläne und Bemühungen zur Bildung eines Südweststaats während der Weimarer Jahre erlebt und in der NS-Zeit, als er seine anwaltliche Tätigkeit wegen des zunehmenden Vertrauensentzugs durch seine politisch vorsichtig gewordene Stuttgarter Klientel mehr und mehr in den nordbadisch-pfälzischen Raum verlegen musste, ein ziemlich sicheres Gespür für die Unterschiede in der Mentalität und Kultur zwischen Baden und Württemberg entwickelt. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass er sich – wie damals freilich fast alle Landespolitiker – lange Zeit nur die Wiederherstellung der alten Länder vorstellen konnte. Erst die Wende, die im Sommer 1948 mit dem Auftrag der drei westlichen Siegermächte eintrat, die Ländergrenzen in den Westzonen zu überprüfen, bewog ihn, das Ziel eines Südweststaats, in dem ganz Baden und ganz Württemberg einschließlich Hohenzollerns vereinigt werden sollten, ernsthaft in Erwägung zu ziehen und sodann auch – nach nur anfänglichen Bedenken – zielsicher zu verfolgen.

Im Vergleich mit Gebhard Müller, der ihm beim Kampf um den Südweststaat Mitstreiter, sonst aber politischer Rivale gewesen ist, war Reinhold Maier geneigt, die Gefühle der Badener und die badische Staatstradition mit mehr Rücksicht zu behandeln. Noch als Ministerpräsident von Württemberg-Baden war er eifrig darum bemüht, der ehemaligen badischen Landeshauptstadt Karlsruhe Kompensationen für den Verlust der Hauptstadtfunktion zu verschaffen, was ihm 1950/51 mit der Ansiedlung des Bundesgerichtshofs, des Bundesverfassungsgerichts, der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder und darüber hinaus wichtiger Institutionen des eigenen Landes auch gelingen sollte. Als im Staatsrecht nicht unbewandertes Jurist wi-

derstrebte Maier anfangs auch dem von Richard Freudenberg, einem Weinheimer Industriellen, erfundene und nach Lage der Dinge vorentscheidende Vier-Bezirke-Modus für die Durchführung einer Volksabstimmung, weil er darin mit Recht die Gefahr erkannte, dass die Bevölkerung des eigenständigen Bundeslandes (Süd-)Baden von den Einwohnern der beiden Nachbarländer überstimmt werden würde, worin er mit der überwältigenden Mehrheit der Staatsrechtslehrer seiner Zeit eine unerträgliche und im internationalen Vergleich beispiellose Bevormundung eines Staatsvolks erblickte. Es bedurfte einiger Überredungskunst vor allem der sozialdemokratischen Mitglieder seines Kabinetts, ehe Maier den Vier-Bezirke-Modus als Grundlage für die Durchführung einer Volksabstimmung zum Südweststaat gegen Jahresende 1949 schließlich akzeptierte.

Auch als erster Ministerpräsident des neuen Südweststaats behandelte Reinhold Maier die badischen Belange pfleglich. Beim Ausbau der Infrastruktur erhielt Baden – und hier insonderheit bei der Elektrifizierung der Rheintalstrecke der Bahn sowie der Verlängerung der Autobahn von ihrem vorläufigen Ende knapp südlich von Karlsruhe in Richtung Basel – Vorrang. Die Mittel, die das Land im Rahmen seiner Politik zur Entwicklung strukturschwacher Wirtschaftsregionen bereit stellte, kamen in der Regierungszeit Maiers noch ausschließlich badischen Gebieten zu Gute. Und schließlich beehrte das erste baden-württembergische Kabinett im Rahmen seiner sogenannten Orientierungsreisen badische Kommunen und Regionen überproportional häufig. Von einer Vernachlässigung des badischen Landesteils konnte in den anderthalb Jahren der kleinen Koalition aus FDP, SPD und GB/BHE somit nicht die Rede sein.

Gebhard Müller, der im Herbst 1953 Reinhold Maier im Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg beerbte, hatte in seiner Amtszeit als Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern von 1948 bis 1952 eine wesentlich konsequenterere Südweststaathaltung eingenommen als sein Stuttgarter Kollege Maier. Zwar war er bereit gewesen, Leo Wohleb in der Frage des Abstimmungsmodus' entgegenzukommen, indem er dessen Forderung, nach alten Ländern durchzuzählen, noch lange akzeptierte. Als jedoch die von ihm und seinem Mitstreiter Theodor Eschenburg initiierte »informativische Volksbefragung« im September 1950 in (Gesamt-)Baden eine hauchdünne Mehrheit für die Wiederherstellung der alten Länder ergeben hatte, schwenkte er nach nur kurzer Anstandsfrist auf den Vier-Bezirke-Modus ein, der dann im Gesetzentwurf seiner Bonner Gefolgsleute Karl Gengler und Kurt Georg Kiesinger auch niedergelegt wurde. Auch dafür, dass eine Entscheidung durch den Bundesgesetzgeber überhaupt erst möglich geworden war, trug Gebhard Müller die entscheidende Verantwortung; denn er war es gewesen, der in letzter Minute den von Eschenburg formulierten Spezialartikel 118 in das Grundgesetz einfügen ließ, ohne den – da die Westalliierten den allgemeinen Neugliederungsartikel 29 vorläufig suspendierten – die frühe und entscheidende Volksabstimmung vom Dezember 1951 nicht hätte stattfinden können.

Die konsequente Haltung Gebhard Müllers, was die Einbeziehung des selbstständigen Landes (Süd-)Baden anlangte, hatte ebenso wie die in dieser Frage anfänglich flexiblere Position Reinhold Maiers mit beider Rivalität um die Führung im neuen Südweststaat zu tun. Müller glaubte, das große Stimmpoten-

tial der CDU in (Süd-)Baden nicht entbehren zu können, um seiner Partei eine dominante Stellung auch im künftigen Staatsgebilde zu verschaffen. Eben weil er diese CDU-Dominanz fürchtete, war Reinhold Maier als FDP-Politiker längere Zeit nicht abgeneigt, wenigstens vorläufig auf die Teilnahme (Süd-)Badens zu verzichten und sich zunächst mit einem Zusammenschluss der Länder Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zu einer Art »Groß-Württemberg«, dessen Lebensader der Neckar von seinen Quellen bis zur Mündung gebildet hätte, zu begnügen. Beider Haltung war also *auch* vom Ziel beeinflusst, der jeweils eigenen Partei eine möglichst günstige Ausgangsposition im neuen größeren Land zu verschaffen.

In seiner Zeit als Ministerpräsident von Baden-Württemberg war Gebhard Müller um Ausgleich und eine möglichst gleichmäßige Entwicklung des neuen Südweststaats bemüht. Er setzte sich 1955 bei Konrad Adenauer erfolgreich für die Ansiedlung des Kernforschungszentrums in Karlsruhe ein und willigte 1957 schließlich auch ein, den Verwaltungsverfahrenshof des Landes, nicht – wie von ihm ursprünglich erstrebt – in Sigmaringen, sondern in Mannheim einzurichten. Zusammen mit den sozialdemokratischen und liberalen Kollegen in seinem Allparteienkabinett wehrte er aber konsequent alle in der CDU wiederholt aufkeimenden Pläne zur Einrichtung von Landschaftsverbänden – je eines badischen und württembergisch-hohenzollerischen – nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ab, weil er davon wie die genannten Kabinettskollegen befürchtete, eine solche Zweiteilung entlang historischer Grenzen könne als Vorstufe zur Wiederherstellung der alten Länder missverstanden werden.

Bei Müllers Ablehnung von Landschaftsverbänden wird man auch in Rechnung stel-

len müssen, dass der Südweststaat mit dem neuerlichen Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 und dem daraufhin möglich gewordenen Volksbegehren in Baden, das mit einer Eintragungsquote von 15,1% im Sinne der Antragsteller höchst erfolgreich verlief, nach nur vier Jahren seiner Existenz schon wieder in Frage stand, weil sich damit der Weg zu einem Volksentscheid über die Wiederherstellung der alten Länder von Neuem eröffnete. Es sollte Gebhard Müller in einer ganz anderen Funktion jedoch beschieden sein, große Steine auf diesen Weg zu wälzen und ihn damit schon fast wieder zu verschließen. Seit Anfang 1959 Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hatte er Anteil an dessen berühmtem »Hessen-Urteil« vom 11. Juli 1961, in dem die Ergebnisse der Volksbegehren von 1956 zum bloßen Material für den Bundesgesetzgeber herabgestuft und alle Ansprüche der bestehenden Länder auf Neugliederung zurückgewiesen wurden. Der überaus schroffe Tenor des Urteils wurde noch dadurch akzentuiert, dass den Heimatbünden, die sich in den Abstimmungsblöcken gebildet hatten und also auch dem *Heimatbund Badenerland* jegliche Parteifähigkeit im Organstreit abgesprochen wurde. Mit dem Hessen-Urteil von 1961 wurde die Entscheidung über die Existenz des Landes Baden-Württemberg für viele weitere Jahre vertagt. Das Land gewann damit eine Schonfrist, die für sein Überleben entscheidend gewesen sein dürfte.

Gebhard Müller war dergestalt sowohl vor wie nach Gründung des Landes Baden-Württemberg dessen konsequentester Verfechter. Diese Haltung entsprang jedoch weder der Neigung zu einem großschwäbischen Imperialismus noch einem wie auch immer gearteten antibadischen Ressentiment. Sie wurzelte vielmehr in der Vorstellung von der engen Verwandtschaft des württembergi-

schen mit dem badischen politischen Katholizismus. Mochte das *Zentrum* in Baden, das hier mit seiner eher christlich-sozialen Ausrichtung nach 1918 zur bestimmenden politischen Kraft aufgestiegen war, im reichsweiten Spektrum der Partei auch weiter links angesiedelt gewesen sein als die doch sehr konservativ ausgerichtete Schwesterpartei in Württemberg, überwog in den Augen Müllers doch die Gemeinsamkeit beider in der engen Bindung an die katholische Kirche wie in der Frontstellung gegen die Sozialdemokratie und erst recht den politischen Liberalismus. Für Gebhard Müller war Baden mit seiner zu zwei Dritteln katholischen Bevölkerung nach Mentalität und Kultur durchaus verwandt und nah, viel näher jedenfalls als für Reinhold Maier, den altwürttembergischen Protestanten, für den die Badener ein eher buntes Völkchen darstellten, dem man zwar den Respekt des Fremden entgegen brachte, ähnlich wie ihn früher die Altwürttemberger ihren katholischen Regierungschefs Hermann von Mittnacht und Eugen Bolz bezeugt hatten, gegenüber dem das Gefühl der Alterität indes nicht weichen wollte und stets überwog. Maier und Müller wurden in ihrer jeweiligen Haltung damit stilbildend für die Zukunft. Auch bei ihren Nachfolgern im Amt konnte man beobachten, dass sich die oberschwäbisch-katholischen Regierungschefs ihrer Akzeptanz in der badischen Bevölkerung stets wesentlich sicherer wähten, dass sie in besonderen badischen Belangen weit weniger ein Problem erkannten, als jene Ministerpräsidenten, die dem altwürttembergisch-protestantischen Milieu entstammten. Aus der Ungewissheit über den Zuspruch, den sie jenseits der alten Landesgrenze finden konnten, resultierte bei Letzteren eine Neigung, badische Empfindlichkeiten intensiver zu spüren und sie deshalb auch sensibler zu behandeln.

Eine ausgeprägte Sensibilität für badisches Traditionsempfinden und die besonderen Belange des badischen Landesteils entwickelte freilich auch der oben in die Reihe der Südwürttemberger aufgenommenen dritte Ministerpräsident des Landes, Kurt Georg Kiesinger. Als »evangelischer Katholik« – sein Vater wurzelte im altwürttembergischen Pietismus, seine Stiefmutter fest im katholischem Glauben, er selbst zumindest ganz im katholischen Milieu – in Württemberg unweit der Landesgrenzen zu Baden und Hohenzollern aufgewachsen, fühlte sich Kiesinger in besonderem Maße berufen, den jungen Südweststaat, über dem bei seinem Regierungsantritt im Dezember 1958 das Damoklesschwert der Wiederauflösung durch eine zweite Volksabstimmung in Baden besonders bedrohlich schwebte, zusammenzuführen und im Inneren recht eigentlich zu begründen. Tatsächlich hat erst Kiesinger den Südweststaat wirklich konsolidiert, den Grund für die Stiftung einer gemeinschaftlichen Identität gelegt und später als Bundeskanzler schließlich auch dafür gesorgt, das – gerade auch ihn selbst – stark belastende Legitimitätsdefizit des Landes, das vom Modus wie vom Ergebnis der Volksabstimmung des Jahres 1951 herrührte, aus der Welt zu schaffen.

Schon in seinem ersten Regierungsjahr machte Kiesinger den Badenern ein besonderes Geschenk, indem er in einer 1959 in Singen am Hohentwiel gehaltenen Rede die Gründung einer Universität in Konstanz anregte. War er dabei einem spontanen Einfall gefolgt, tat er anschließend Alles, um dieses integrationspolitische Projekt gegen vielfältige Widerstände (gerade auch aus den eigenen Reihen) bis zur eigentlichen Gründung im Jahre 1964 zielsicher voranzutreiben und schließ-

lich auch umzusetzen. Freilich musste er dabei aus Gründen des Proporz im Lande hinnehmen, dass gleichzeitig mit der bald »Klein-Harvard am Bodensee« titulierten Universität in Konstanz eine Medizinische Akademie in Ulm ins Leben gerufen wurde. Angesichts der Tatsache, dass der badische Landesteil schon vor diesen Neugründungen mit vier Hochschulen im Universitätsrang einen Vorsprung gegenüber dem württembergischen mit nur drei derartigen Institutionen besessen hatte, ließ sich dies aber auch durchaus begründen. Auf einem anderen Felde setzte Kiesinger badischer Begehrlichkeit dann aber auch klare Grenzen, indem er 1963 mit einem Machtwort im Landtag das Projekt einer Schiffbarmachung des Hochrheins bis zum Bodensee, dessen Verwirklichung die badischen Vertreter in Landtag und Kabinett im Ausgleich für den Ausbau des Neckarkanals seit 1952 in gebetsmühlenartiger Wiederholung gefordert hatten, für nicht realisierbar erklärte. Stieß er damit wohl auch einige badische Politiker und Wirtschaftsvertreter vor den Kopf, zeitigte seine Ablehnung dann aber keinerlei dauerhafte atmosphärische Folgen, weil der Ministerpräsident damit nur ein Projekt begrub, das über Anfangsüberlegungen nie hinaus gekommen war, und dessen Finanzierung allzeit in den Sternen gestanden hatte.

V ■

Die größte Leistung für die Konsolidierung des Landes erbrachte Kiesinger freilich erst später in seiner Amtszeit als Bundeskanzler an der Spitze einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, indem er die erstmals vorhandene verfassungsändernde Regierungsmehrheit im Bundestag 1969 nutzte, den Artikel 29 GG neu zu fassen und damit den Weg zur

immer noch ausstehenden Volksabstimmung in Baden frei zu machen. Als diese am 7. Juni 1970 dann aber durchgeführt wurde und mit fast 82% ein überwältigendes Bekenntnis der Badener zum Südweststaat erbrachte, war Kiesinger schon nicht mehr Bundeskanzler und statt seiner regierte in Stuttgart als Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten schon seit 1966 Hans Karl Filbinger. Ob die Tatsache, dass mit diesem der erste und bislang einzige Badener Einzug in die Villa Reitzenstein gehalten hatte, für das Abstimmungsergebnis bedeutsam war, steht dahin. Wichtiger dürfte in diesem Zusammenhang gewesen sein, dass die Industrie in Baden-Württemberg eben im Jahre 1970 den Gipfel ihrer relativen Bedeutung erreicht hatte, Beschäftigung und Wohlstand auf Dauer gesichert schienen.

Die mentalen Rückwirkungen der Hochkonjunktur in den späten 60er und frühen 70er Jahre im Verein mit dem triumphalen Ergebnis der Baden-Abstimmung machten es unter Ministerpräsident Filbinger möglich, eine durchgreifende Verwaltungsreform in Angriff zu nehmen, wie sie in viel bescheidenerer Dimension unter Gebhard Müller noch gescheitert war. Unabhängig von politischen Orientierungen und beflügelt von den in dieser Zeit virulenten Omnipotenzphantasien einer »rationalen« Plan- und Lenkbarkeit aller ökonomischen, sozialen und politischen Prozesse wurde unter der Großen Koalition, die Baden-Württemberg erstmals von 1966 bis 1972 regierte, eine umfassende Gebietsreform durchgeführt, der zwei Drittel aller Gemeinden und fast die Hälfte der bestehenden Kreise zum Opfer fielen. Dabei wie beim Neuzuschnitt der Regierungsbezirke achtete man besonders darauf, die historischen Grenzen zwischen Baden und Württemberg zu überschreiten und womöglich ganz zu verwischen. So gelangten altwürttembergische Ge-

biete wie die Kreise Calw und Freudenstadt an den Regierungsbezirk Karlsruhe, derweil badisches Gebiet (freilich erst des 19. Jahrhunderts) an Main und Tauber oder am Bodensee den württembergischen Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen zugeschlagen wurde. Den radikalsten Bruch mit der Vergangenheit vollzog man vielleicht, indem man das altwürttembergische Schweningen mit dem ehemals vorderösterreichischen und später badischen Villingen zur Doppelstadt Villingen-Swenningen vereinigte. Dass dies angesichts lange angelegter Unterschiede in der gelebten Mentalität beider Städte eine glückliche Lösung gewesen ist, darf bezweifelt werden. Auch hinsichtlich des vorgeblichen Ziels einer Effektivitätssteigerung der öffentlichen Verwaltung durch eine Senkung des Personalaufwands sind Zweifel angebracht. Dafür, dass mit der Verwaltungsreform etwas gespart wurde, ist man jedenfalls nachfolgend jeden Beweis immer schuldig geblieben.

Unter der Regierung von Hans Karl Filbinger spielte das Denken im Regionalproporz zwischen badischem und württembergischem Landesteil keine große Rolle. Die Badener hatten den Südweststaat nun in freier und fairer Abstimmung voll bejaht, der Ministerpräsident war ein Badener, die Wirtschaft boomte in beiden Teilen des Landes. Wichtiger für den merklichen Rückgang badisch-württembergischer Eifersüchteleien während der 70er Jahre noch war aber wahrscheinlich die Tatsache, dass eine Mehrheit im Land in diesen Jahren ziemlich geschlossen gegen den »linken« Zeitgeist stand, gegen die sozialliberale Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, von deren Vertretern einzelne gerade in Baden-Württemberg zuweilen gar verdächtigt wurden, »geistige Urheber« des Links-Terrorismus der RAF zu sein. Der von Filbinger selbst benutzte Slogan lautete »Freiheit oder Sozialismus«, später gesteigert zu »Freiheit statt Sozialismus«. Diese extreme Polarisierung in der Politik, der die CDU ihre Wahltriumphe von 1972 bis 1988 verdankte, überdeckte alles Andere und ließ eventuell noch vorhandene Differenzen und Divergenzen entlang der alten Landesgrenzen zurücktreten.

VI ■

Mit Lothar Späth zog 1978 nach einem Vierteljahrhundert erstmals wieder ein altwürttembergischer Protestant in die Villa Reitzenstein ein. In seiner Regierungszeit begann das gerade in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich besonders stark entwickelte produzierende Gewerbe, das den Hauptteil der später so genannten »Realwirtschaft« ausmachte, in seiner relativen Bedeutung zugunsten des Finanzsektors und der neuen digitalen Technologien abzunehmen. Gleichzeitig wurden mediale Präsenz und Performanz immer wichtiger. Tatsächlich verlor Baden-Württemberg seine ökonomische Spitzenstellung im Kreise der Bundesländer noch in Späths Regierungszeit 1987 an Hessen, um kurz nach seinem Abgang 1993 hinter Bayern sogar auf den dritten Platz zurückzufallen. Der Ministerpräsident unternahm alles, um dieser Entwicklung entgegen zu steuern. Mit immer neuen Initiativen versuchte er, die von ihm erkannten Schwächen Baden-Württembergs auszugleichen. Durch den Zusammenschluss mehrerer Geldinstitute sollte auch im Südwesten eine Großbank von internationalem Gewicht entstehen, durch die Fusion von Süddeutschem Rundfunk und Südwestfunk eine Rundfunkanstalt von zumindest nationaler Bedeutung. Mit der Gründung neuer Kulturinstitutionen gedachte Späth, die kulturelle Strahlkraft des Landes über die Grenzen hin-

aus zu verstärken und Konturen eines Profils zu entwickeln, in dem sich Hochtechnologie und die »weichen« Faktoren einer lebendigen und weltweit beachteten Kulturszene zu einer harmonischen Gesamtheit fügten. Auf den meisten Feldern seiner Bemühungen sollte Lothar Späth indes (noch) scheitern. Das lag in widrigen äußeren Umständen wie im Beharrungsvermögen bestehender Institutionen begründet, aber auch an der Rastlosigkeit des Regierungschefs, der immer neue Initiativen entfaltete, ohne die früheren zu Ende zu bringen oder zumindest doch reifen zu lassen.

Dort, wo Späth aber doch erfolgreich war, schnitt der badische Landesteil nicht schlecht ab. Bei den Allokationsentscheidungen von Daimler-Benz, des wichtigsten Industrieunternehmens im Lande, gab das Wort des Ministerpräsidenten den Ausschlag, um die badischen Standorte in Front zu bringen. blieb dieses Wort bei der geplanten Teststrecke in Boxberg auch ohne Bedeutung, weil das Projekt letztlich an juristischen Hürden scheiterte – bei der Ansiedlung des Zweigwerks für den Bau der Kompaktklasse in Rastatt war es schlechthin entscheidend. In Mittelbaden entstand damit ein neuer industrieller Kern mit den entsprechenden Auswirkungen auf Beschäftigung und Kaufkraft. Auch bei den beiden großen Museumsprojekten, die unter Späths Ägide verwirklicht wurden, kamen letztlich badische Standorte zum Zuge. So wurde das *Landesmuseum für Technik und Arbeit*, um dessen Sitz sich auch Stuttgart und Karlsruhe beworben hatten, 1990 schließlich in Mannheim eröffnet, derweil das *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*, das freilich erst 1997 eigene Räume erhielt, schon 1989 in Karlsruhe gegründet worden war. Beide Institutionen haben dazu beigetragen, Baden-Württemberg als Kulturland erheblich aufzuwerten.

Erwin Teufel, der 1991 nach dem überraschenden Rücktritt Späths die Nachfolge im Amt des Regierungschefs antrat, stammte aus der Umgebung von Rottweil. Mit ihm, dem bislang die längste Regierungszeit als Ministerpräsident des Südweststaats beschieden war – freilich in ganz unterschiedlichen Regierungskonstellationen (er regierte zunächst mit der von Späth geerbten absoluten Mehrheit der CDU, 1992–1996 in einer Großen Koalition mit der SPD, danach bis zum mehr oder weniger erzwungenen Rücktritt 2005 in einer bürgerlichen Koalition mit der FDP/DVP) – zog wieder ein südwürttembergischer Katholik in das höchste Amt des Landes Baden-Württemberg ein. Teufel hatte seine politische Karriere in der Landespolitik 1972 mit der Wahl zum Abgeordneten des Wahlkreises Villingen-Wolfach begonnen. Er war dort – im Badischen! – ganz unbekannt gewesen und zunächst als Schwabe auch einigem Misstrauen im Kreise der Parteifreunde begegnet, das er jedoch mit dem Hinweis auf die einstige Zugehörigkeit seiner Heimat zu Vorderösterreich, zu dem ja auch ein Gutteil des Wahlkreises gehört hatte, rasch zu zerstreuen vermochte. Nach dieser ganz offenbar nicht ohne Eindruck gebliebenen historischen Reminiszenz, die – unausgesprochen – in der festen Bindung an die katholische Kirche als Struktur der langen Dauer ein Nachleben besaß, blieb vom »Schwabens« Erwin Teufel zumindest im Südbadischen nicht mehr viel übrig. Tatsächlich wurde Teufel kurze Zeit darauf sogar Vorsitzender der CDU Südbaden, weil seit der Verwaltungsreform die vormals württembergischen Landkreise Rottweil und Tuttlingen zum Regierungsbezirk Freiburg gehörten. Wie vor ihm Gebhard Müller und Kurt Georg Kiesinger durfte Erwin Teufel so-

mit darauf vertrauen, dass man ihm zumindest in großen Teilen des badischen Landesteils mit dem Wohlwollen verwandtschaftlicher Nähe und einer Übereinstimmung im Geiste begegnete.

Neben der neu errungenen Einheit Deutschlands, dem in den neunziger Jahren schneller denn je voranschreitenden Prozess der Globalisierung und auch der ganz persönlichen Hartnäckigkeit in der Verfolgung der einmal gesetzten Ziele trug diese Akzeptanz, die Teufel jenseits der alten Landesgrenze fand, entscheidend dazu bei, dass ihm im Bereich der Großfusionen fast alles gelang, was in der Ära Späth noch gescheitert war. In den späten neunziger Jahren entstanden nacheinander die *EnBW* durch den Zusammenschluss des *Badenwerks* mit der *Energieversorgung Schwaben* zum viertgrößten deutschen Energiekonzern, der *Südwestrundfunk* durch die Vereinigung des *Südwestfunks* und des *Süddeutschen Rundfunks* zur drittgrößten Anstalt der ARD und mit der Fusion der *Landesgirokasse* mit der *Südwestdeutschen Landesbank* schließlich auch die von Lothar Späth so heiß erstrebte Großbank in Gestalt der *Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)*. Schließlich wurden auch die beiden Landesversicherungsanstalten unter dem Dach der *Deutschen Rentenversicherung* zusammengelegt.

Wie unter den oben skizzierten Vorzeichen kaum anders zu erwarten, gab es kaum Vorbehalte aus Baden gegen diese Politik – zumal badische Belange zumindest formal beachtet wurden. So bestimmte man Karlsruhe zum offiziellen Sitz der *EnBW*, was insofern nur recht und billig war, als die Anteile im Landesbesitz fast ausschließlich vom staatlichen *Badenwerk* herrührten, derweil sich die *EVS* zum größten Teil im Besitz württembergischer Kommunen und kommunaler Verbände befunden hatte. Diese ganz unterschiedlichen

Besitzverhältnisse waren das Ergebnis einer sehr unterschiedlichen Energiepolitik in den Vorgängerländern gewesen, die in Baden eine zentralistisch-staatliche, in Württemberg dagegen eine dezentral-kommunale Struktur hervorgebracht hatte. Neben Karlsruhe blieb aber auch Stuttgart Sitz des neuen Energiekonzerns und nach den bisherigen Erfahrungen wohl auch der Ort, an dem dessen strategische Entscheidungen gefällt werden. Nach außen erkennbar wurde die Nebenrolle, die badischen Standorten zudedacht war, im Falle der *LBBW*, die Nebensitze in Mannheim – dem zentralen Ort des alten badischen Bankensystems – und in Karlsruhe erhielt. Ob diese sich diese neben dem Hauptsitz Stuttgart angesichts gegenwärtiger Widrigkeiten in der Bankenwelt auch in Zukunft behaupten werden, steht dahin. Im Falle des *Südwestrundfunks* setzte die Landesregierung Stuttgart als Sitz mit Nachdruck durch. Dabei hätte sich für die Zweiländeranstalt Baden-Baden durchaus als Kompromisslösung angeboten. Dass diese nicht zum Tragen kam, lag indes nicht in der Nachgiebigkeit badischer Politiker und Institutionen begründet, sondern in jener der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, die für den kleinen Preis einer bescheidenen Aufwertung des Standorts Mainz das politische Zentrum des so viel größeren Nachbarlandes als Sitz der Anstaltszentrale zu akzeptieren gewillt war.

Wie aus dem Vorstehenden erhellt, spielte ein badisch-württembergischer Gegensatz in der Landespolitik unter Erwin Teufel kaum noch eine Rolle. Stattdessen bemühte man sich, der regionalen Vielfalt des Landes, wie sie aus den Zeiten *vor* der napoleonischen Territorialrevolution herrührte, gerecht zu werden. In der offiziellen Festschrift des Landes zu dessen fünfzigjährigem Bestehen kam dies sinnfällig zum Ausdruck. Ein schö-

nes Zeichen der Versöhnung über die alten Landesgrenzen hinweg setzte Teufel, indem er – ebenfalls aus Anlass des Landesjubiläums – 2002 einen Kranz am Grabe von Leo Wohleb, dem Vorkämpfer für die Wiedererstehung des Landes Baden, auf dem Freiburger Hauptfriedhof niederlegte. Mancher mochte dieses Zeichen aber auch als Ausdruck vorderösterreichischer Verbundenheit lesen.

VIII ■

Mit Günther Oettinger zog wieder ein altwürttembergischer Protestant in die Villa Reitzenstein ein. Anders als sein Vorgänger und sein Nachfolger, deren Berufung an die Spitze der Landesregierung innerparteilich unbestritten war und ohne Diskussion erfolgte, hatte er sich erst in einer bis dahin beispiellosen Abstimmung der CDU-Basis gegen die von Erwin Teufel favorisierte rheinische Katholikin Annette Schavan durchsetzen müssen. Schavan wäre nicht nur die erste Frau im Amt des Ministerpräsidenten gewesen, sondern auch die erste Amtsinhaberin, die außerhalb des Landes geboren war. Wahrscheinlich hatte dieser letzte Punkt den Ausschlag zugunsten von Oettinger gegeben, wohl kaum seine Konfession. Im Lande verwurzelt zu sein, war bis dahin noch stets Voraussetzung gewesen, in die Rolle des Landvaters hineinzuwachsen. In diesem Kontext wird auch verständlich, dass außer Reinhold Maier, der vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten für kurze Zeit dem Weimarer Reichstag angehört hatte, und Kurt Georg Kiesinger, der vor seiner Regierungszeit in Baden-Württemberg Abgeordneter des Deutschen Bundestags gewesen war, keiner der südwestdeutschen Regierungschefs vor dem Amtsantritt Erfahrungen aus einer

politischen Tätigkeit außerhalb des Landes gesammelt hatte.

Ganz im Stile seiner altwürttembergischen Vorgänger war sich Oettinger der Delikatesse der Baden-Frage stets wohl bewusst. Wie schon in seiner Zeit als CDU-Fraktionsvorsitzender wählte er seine Worte bei Auftritten als Regierungschef im badischen Landesrat immer vorsichtig, um nirgendwo badische Empfindlichkeiten zu wecken. Ausgerechnet die finanzielle Notlage des Hauses Baden brachte ihn im Herbst 2006 dann aber in eine heikle Situation, als die Landesregierung versuchte, dem markgräflichen Hause mit dem Verkauf wertvoller Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe, die sich schon länger – ohne dass ihr rechtlicher Status geklärt war – im faktischen Besitz des Landes befanden, aus der Klemme zu helfen. Der Aufschrei über diesen als barbarisch empfundenen Ausverkauf der badischen Kulturgüter war allgemein und beschäftigte nicht nur die Öffentlichkeit in Baden, sondern in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus. Die Landesregierung trat denn auch rasch den Rückzug an, indem sie dem Haus Baden das Schloss Salem abkaufte und den Kaufpreis aus allgemeinen Haushaltsmitteln bestritt.

Der Streit um die badischen Kulturgüter bildete den Auftakt zu einer Renaissance der Baden-Bewegung, die sich in der weiteren Amtszeit Oettingers hauptsächlich aus dem Gefühl der Zurücksetzung gegenüber der Region Stuttgart nährte. Nun waren die dort geplanten (Stuttgart 21) oder vollendeten Großprojekte wie die Landesmesse auf den Fildern schon in der Ära Teufel initiiert worden. Oettinger hatte sie gewissermaßen geerbt; es ist ihm gleichwohl – wie die überwiegende Ablehnung von Stuttgart 21 bei der Volksabstimmung vom Herbst 2011 im badi-

schen Landesteil eindrucksvoll bewiesen hat – nicht gelungen, die Gemüter in ganz Baden dauerhaft zu besänftigen und so auch die Sorge zu zerstreuen, der gewaltige Aufwand für Stuttgart 21 könne den schon wegen des Gotthard-Basis-Tunnels dringend gebotenen Ausbau der Rheintalstrecke aufhalten.

Die Regierungszeit von Stefan Mappus war zu kurz, als dass sich ein besonderes Profil seiner Haltung gegenüber Baden abgezeichnet hätte. Man wird davon ausgehen dürfen, dass er als Grenzbewohner der Sticheleien zwischen Badenern und Württembergern immer wieder gewahrt wurde, doch sind davon in seiner Politik nicht einmal Spuren erkennbar. Erst 1966 geboren und ganz Mann der Wirtschaft, betrachtete sich Mappus wie einst Lothar Späth als Chef der Baden-Württemberg AG und so spielten regionale Profile

und Interessen weder in seiner Regierungserklärung vom 10. März 2010 noch später in seiner kurzen Amtszeit auch nur die geringste Rolle. Auch bei seinem Nachfolger Winfried Kretschmann sind in seiner bisher einjährigen Amtszeit besondere Sensibilitäten dieser Art vorläufig nicht zu erkennen.



Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Klaus-Jürgen Matz
Gabelsberger Straße 19
76135 Karlsruhe

»Napoleon hätte dieses Land gemacht? Der Rhein hat es gemacht.«

»Das Badische ist in den Rhein gefasst. Nirgends ist seine Kurve so schön wie um Baden herum, so eigentümlich, so elegant, so genau, so merkbar, so unvergesslich ... Diese Rheinkurve macht das Badische vollends zu einer natürlichen Einheit. Der Strom hat etwas zu bedeuten. Er spricht eine Symmetrie aus, die landschaftliche Entsprechung zwischen dem Elsass und dem oberen Badischen, die Entsprechung zwischen dem badischen Unterland und der Rheinpfalz. Berge stehen zu beiden Seiten: Schwarzwald und Odenwald hier, Hardt und Vogesen dort. ... Napoleon hätte dieses Land gemacht? Der Rhein hat es gemacht.«

Wilhelm Hausenstein, Das Badische, 1930